

München, 05.07.2016

Glyphosat-Genehmigung: SPD fordert strenge Reglementierung in der Übergangsfrist

SPD-Agrarsprecher Arnold: Ängste der Bevölkerung werden durch die Kommission nicht ernst genommen, Gesetzgeber ist am Zug - Thema wird im Landwirtschaftsausschuss behandelt

Der SPD-Agrarexperte **Horst Arnold** hat die in der vergangenen Woche beschlossene 18-monatigen Verlängerung der Genehmigung des umstrittenen Pflanzengifts Glyphosat scharf kritisiert. Im Vorfeld des Landwirtschaftsausschusses des Bayerischen Landtags am morgigen Mittwoch (06.07.2016), in dem die Staatsregierung zu dem Thema einen Bericht abgeben wird, sagt Arnold: "Die Kommission nimmt die Ängste der Bevölkerung nicht ernst. Die Verlängerung der Zulassung ist der falsche Weg, die Mitgliedsstaaten wollten eine erneute Zulassung ja gar nicht mittragen!" Der Fürther Abgeordnete sieht in diesem Gebaren auch einen Grund für die mangelnde Akzeptanz der EU-Kommission in der Bevölkerung.

Der SPD-Politiker fordert, dass für die 18-monatige Zulassung erhebliche Reglementierungen beim Einsatz von Glyphosat erlassen werden. So soll beispielsweise die Anwendung in Kommunen und im Privatbereich unverzüglich untersagt werden. Weiterhin fordert die SPD-Landtagsfraktion ein Verbot der Anwendung im Getreideanbau zur Ernteerleichterung, bis endgültig geklärt ist, ob Glyphosat als krebserregend eingestuft wird. Der diesbezügliche Bericht der Europäischen Chemikalienagentur ECHA wird im kommenden Jahr erwartet. "Wenn die Kommission sich schon über den Willen der Mitgliedsstaaten hinwegsetzt, müssen wir alles tun, um einer eventuellen Gefährdung unserer Bevölkerung wirksam zu begegnen", erklärt Arnold.